

Kretschmann schlägt vor, die Sommerferien zu verkürzen

Mannheim. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat über kürzere Ferien gesprochen, damit nach langen Schulschließungen Wissenslücken geschlossen werden können. Video Im Video: Merkel gibt mit Inzidenzwerten nach – „Sie hat ein bisschen Autorität verloren“ Inzidenzwerte und Co. – Kristina Dunz, stellvertretende Leiterin des RND-Hauptstadtbüros, klassifiziert die Ergebnisse des Corona-Gipfels im Videointerview. © RND „In den Ferien könnte man etwas abschneiden, um den Unterricht nachzuholen“, sagte der Grüne Ministerpräsident des „Mannheimer Morgens“. „Solche Überlegungen müssen ernst genommen werden.“ Auf die Frage, ob er an die Sommerferien denke, sagte er: „Daran könnten Sie denken.“ Die Lehrer müssten sich zunächst einen Überblick …

Mannheim. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat über kürzere Ferien gesprochen, damit nach langen Schulschließungen Wissenslücken geschlossen werden können.

Video

Im Video: Merkel gibt mit Inzidenzwerten nach - „Sie hat ein bisschen Autorität verloren“

Inzidenzwerte und Co. – Kristina Dunz, stellvertretende Leiterin des RND-Hauptstadtbüros, klassifiziert die Ergebnisse des Corona-Gipfels im Videointerview. © RND

„In den Ferien könnte man etwas abschneiden, um den Unterricht nachzuholen“, sagte der Grüne Ministerpräsident des „Mannheimer Morgens“. „Solche Überlegungen müssen ernst genommen werden.“ Auf die Frage, ob er an die Sommerferien denke, sagte er: „Daran könnten Sie denken.“

Die Lehrer müssten sich zunächst einen Überblick über die Lücken im Fernunterricht verschaffen, sagte der Regierungschef der Zeitung. „Um die Defizite zu beheben, sind zusätzliche Pflegeangebote und spezielle Programme erforderlich“, fügte er hinzu.

Kretschmann warnte davor, dass die Bildung und Psyche der Kinder tiefgreifend geschädigt werden könnte. „Wir müssen uns mehr um diese Kinder kümmern, wenn der Unterricht wieder normal ist. Es wird eine große Aufgabe sein.“

Laschet: Weg von der undifferenzierten Sperrung

Laut dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU) bedeutet der von Bund und Ländern verabschiedete Schritt-für-Schritt-Plan zum Austritt aus der Koronasperrung „einen Perspektivwechsel weg von einer pauschalen und dauerhaften Schließung hin zu einer fokussierten und kontrollierten Sicherheit“.

Das Virus sollte nicht länger „durch eine undifferenzierte totale Sperrung“ bekämpft werden, sagte Laschet am Donnerstagabend in Düsseldorf nach den Beratungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundespräsidentin. Stattdessen sollte mehr Wert auf Impfungen, Tests und die digitale Verfolgung von Infektionsketten gelegt werden.

„Der psychische, wirtschaftliche und soziale Schaden darf uns nicht gleichgültig lassen“, sagte der CDU-Chef im Hinblick auf

die Folgen der Sperrung, insbesondere für Kinder, aber auch für Gastronomen, Kulturschaffende, Selbstständige, Einzelhandels- und Amateursportler .

Gleichzeitig gab Laschet zu, dass sich das mutierte Coronavirus immer weiter ausbreitet. Inzidenzwerte sollten jedoch nicht nur betrachtet werden.

Söder warnt vor hastigen Öffnungsschritten

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat den März als Übergangsmonat im Kampf gegen die Coronapandemie bezeichnet. „Es kann sich zum Besseren entwickeln, aber auch zum Schlechten“, sagte Söder am Donnerstagabend nach der Bundeslandrunde zu den Anti-Korona-Maßnahmen. „Wir hoffen sehr, dass der März ein Gelegenheitsmonat wird.“

Söder warnte vor zu voreiligen Öffnungsschritten. „Das Herz sagt uns: Öffne so viel wie möglich! Der Verstand mahnt eindeutig zur Vorsicht“, sagte Söder. „Es ist wahr, dass das, was hier entschieden wurde, ein sehr großer Schritt ist“, sagte er. „Wir haben kein schlechtes Gewissen, aber wir haben Sorgen und Bedenken.“

Es ist wichtig, darauf zu achten, dass Sie nicht in die nächste Sperre geraten, möglicherweise bereits zu Ostern.

Braun: Die Eröffnungsschritte sind korrekt

Bundeskanzler Helge Braun (CDU) hält die Resolutionen für angemessen. „Nach vier Monaten kann man eine Gesellschaft nicht im Winterschlaf halten. Daher sind diese Eröffnungsschritte korrekt“, sagte Braun am Donnerstag im ARD „Morgenmagazin“. Die Zahl der Infektionen in Deutschland nimmt derzeit jedoch zu und die britische Mutante wird zum häufigsten Virustyp.

„Wir müssen immer noch vorsichtig sein, aber wir können die Öffnungen machen“, sagte Braun. „Es ist sehr wichtig, dass es eine Notbremse gibt. Das heißt, wenn die Inzidenz in einer Region oder einem Land mehr als 100 beträgt, müssen Sie wieder in die Sperrung zurückkehren.“

Der Leiter der Kanzlei versicherte, dass in Deutschland genügend Kapazitäten für die geplante Teststrategie vorhanden seien, was die Opposition bezweifelt. „Es gibt sehr, sehr viele

Schnelltests. Die Hersteller lagern Hunderte von Millionen “, sagte Braun. Der Verkauf beginnt gerade für die angenehmeren Selbsttests. In den ersten Wochen würden weiterhin die herkömmlichen Schnelltests verwendet.

Altmaier: Für das Geschäft wurde viel erreicht

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zeigte sich mit den Ergebnissen der Landeskonsultationen zufrieden. „Für die Wirtschaft wurde viel erreicht“, sagte Altmaier am Donnerstag beim „frühen Start“ von RTL / ntv. Es wird also im März die ersten wichtigen, aber verantwortungsvollen Eröffnungsschritte geben. Darüber hinaus verabschiedete sich die Gruppe von der umstrittenen Inzidenz.

„Die Inzidenz von 35, die sehr schwerwiegend war und viele verärgerte und verärgerte, ist keine Voraussetzung mehr für die Eröffnung“, sagte der Minister. „Wir suchen nicht nach starren landesweiten Vorfällen, sondern nach der regionalen Situation im Bezirk der unabhängigen Stadt.“ Dies gibt Einzelhändlern und Restaurants die Möglichkeit, in vielen Teilen Deutschlands wieder zu Fuß zu verkaufen.

AfD-Gruppenleiter kritisieren: Verachtung für Bürger

Die beiden Vorsitzenden der AfD-Fraktion haben die Ergebnisse des Top-Treffens von Bund und Ländern in der Coronapandemie scharf kritisiert. „Diese Resolutionen sind ein Spott über die Bürger, die zunehmend genug von der planlosen und nutzlosen Sperrpolitik der Bundesregierung und der Staaten haben“, sagte Alice Weidel am Donnerstag. Von einer „Ausstiegsperspektive“ kann angesichts dieser verwirrten und unergründlichen Anhäufung willkürlich aus dem Hut gezogener Regeln, Zahlenwerte und Bedingungen keine Rede sein. „Für die meisten Unternehmen der Einzelhandels-, Catering- und Dienstleistungsbranche bedeuteten die Entscheidungen weitere Wochen der Unsicherheit.

Alexander Gauland bezeichnete die erneute Verlängerung der Sperrung bis Ende März als „willkürlichen Akt“ und griff die Gesamtstrategie von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an. „Die Bürger sollten dafür bezahlen, dass die von Merkel geförderte „europäische Lösung“ direkt zur Impfkatastrophe

fürte. Auch bei der Beschaffung und Bereitstellung von Schnelltests bleibt die Bundesregierung weit zurück“, sagte Gauland.

Kubicki: Bundesregierung schadet dem Ruf Deutschlands

FDP-Vize Wolfgang Kubicki beschuldigt die Bundesregierung, den internationalen Ruf Deutschlands durch Fehler im Corona-Krisenmanagement geschädigt zu haben.

„Kein vernünftiges Schnelltestmanagement, kein Impfmanagement, keine Alternative zur einfachen Schließung ganzer Branchen – nach mehr als einem Jahr Pandemie. Mit dieser Politik schadet diese Bundesregierung dem Ansehen Deutschlands in der Welt massiv“, sagte Kubicki von der „Rheinischen Post“.

„Es ist ein Teufelskreis: Je länger diese Sperrung dauert, desto offensichtlicher wird die Unfähigkeit dieser Regierung. Gleichzeitig verlängert diese Unfähigkeit die Sperrung“, sagte der Vizepräsident des Bundestages.

Video

Corona-Situation in Deutschland: 11.912 Neuinfektionen gemeldet

Zusätzlich wurden innerhalb von 24 Stunden 359 weitere Todesfälle registriert. © dpa / TNN

Ministerpräsident Hans kritisiert den Schritt-für-Schritt-Plan

Der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) hat Kritik an dem schrittweisen Plan zur Lockerung von sieben Tagen von 50 geäußert. „Es ist ein Risiko“, sagte er in einer Videobotschaft, die am Donnerstagabend ausgestrahlt wurde. Er hätte eine Inzidenz von 35 vorgezogen. Gleichzeitig lobte er den

Schritt-für-Schritt-Plan als „Atmungssystem“, das je nach Infektionsdichte mehr oder weniger erlaubt.

Derzeit sind die ersten Auswirkungen der Impfungen zu erkennen, da der Anteil der über 80-Jährigen an den im Saarland Infizierten von 13 auf sechs Prozent gesunken ist, erklärte Hans. Gleichzeitig konnten noch keine ernsthaften Kurse, Langzeitschäden oder Todesfälle ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus liegt der Anteil der Virusvarianten im Saarland derzeit zwischen 40 und 50 Prozent. „Wir wissen aber auch, wie sehr unsere Gesellschaft aufgrund der Sperrung zunehmend an ihre Grenzen stößt“, sagte der CDU-Politiker. Deshalb gibt es jetzt Lockerungsschritte.

Auflösungen mit eingebauter Notbremse

Nach der Entscheidung von Bund und Ländern sollte es fünf Öffnungsschritte mit einer eingebauten „Notbremse“ geben, die gezogen wird, wenn die Zahl der Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in einer Region innerhalb von sieben Tagen auf über 100 steigt:

Zunächst sollen nach den Schulen und Friseuren, Buchhandlungen, Blumenläden und Gartencentern in ganz Deutschland ab Montag unter bestimmten Bedingungen wiedereröffnet werden. Die Kontaktbeschränkungen sollen ebenfalls gelockert werden: Anstelle eines Haushalts plus einer Person können sich insgesamt fünf Personen aus zwei Haushalten wieder treffen, wobei Kinder bis 14 Jahre nicht berücksichtigt werden. Eine weitere Lockerung ist in den folgenden Wochen abhängig von der Entwicklung der Anzahl der Infektionen möglich. Ab Montag sollte pro Bürger und Woche ein von der Bundesregierung erstatteter kostenloser Test verfügbar sein. Die Arbeitgeber sollten auch Tests durchführen, und künftig sollten regelmäßige Tests auch in Schulen und Kindertagesstätten durchgeführt werden.

Die derzeit strengen Beschränkungen zur Eindämmung der Pandemie werden bis zum 28. März verlängert, mit Ausnahme einer möglichen Lockerung im Rahmen des schrittweisen Plans. Am 22. März wird sich die Gruppe der Regierungschefs auf Bundes- und Länderebene erneut treffen, um die weitere Vorgehensweise zu erörtern.

Inspiziert vom LVZ Newsticker -> Zum kompletten Artikel

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)